

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Flüchtlingsunterkunft in Neuwied-Block - Hausmeisterdienste

Beschreibung: Die Stadt Neuwied beabsichtigt, die Hausmeisterdienstleistungen für die für die kommunalen

Flüchtlingsunterkunft der Stadt Neuwied an einen externen Dienstleister zu vergeben. Die Flüchtlingsunterkunft verteilt sich auf sechs Wohnanlagen mit bis zu vierundzwanzig

einzelnen abschließbaren Wohn-Containern sowie einem Außengelände und ist auf einen Betrieb mit bis zu 272 Personen ausgelegt. Es handelt sich um eine zweigeschossige Containerbauweise mit Dusch- und Toilettencontainer, Gemeinschaftsräumen, Küchen, Waschmaschinen- und Trocknercontainern. Ein Übersichtsplan der Flüchtlingsunterkunft

ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Das Vertragsverhältnis hat zunächst eine Laufzeit bis zum 01.04.2027. Dem Auftraggeber

steht das Recht zu, die Laufzeit dieses Vertrages dreimal um je ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoptionsrecht). Die maximale Laufzeit ist auf den 01.04.2030

beschränkt. Einzelheiten sind in § 3 des Vertrags geregelt.

Kennung des Verfahrens: 5006246f-f5d9-40c8-a74a-20b9f71fdce6

Interne Kennung: 2025-45

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 98341140 *Hausmeisterdienste*

2.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: *Neuwied (DEB18)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort: Adresse: Krasnaer Straße, 56566
Neuwied - Block

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: [1.] Landestariftreuegesetz - LTTG Rheinland-Pfalz
- Landesgesetz zur Schaffung tariftreurechtlicher
Regelungen – Rheinland-Pfalz Zweites Landesgesetz zur Änderung des
Landestariftreuegesetzes
vom 8. März 2016: Die Bieter/Bewerber haben die Verpflichtung das
Landestariftreuegesetz
(LTTG) Rheinland-Pfalz zu beachten und einzuhalten. Das Landesgesetz zur
Gewährleistung
von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben
(Landestariftreuegesetz
- LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem
geschätztem
Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die
bei
der Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine
Mindestentgelterklärung
vorlegen. Im Hinblick auf das v. g. Landesgesetz machen wir darauf aufmerksam,
dass gemäß § 6 Nachweise und Kontrollen LTTG dem öffentlichen Auftraggeber
die
Einhaltung der Verpflichtung nach §§ 3 Mindestentgelt und 4 Tariftreuepflicht auf
dessen
Verlangen jederzeit nachzuweisen ist und im Falle der Missachtung nach § 7
LTTG
sanktioniert wird. Im Kontext zu § 7 Sanktionen LTTG wird um die Einhaltung
der
Verpflichtungen nach §§ 3 bis 6 zu sichern, für einen schuldhaften Verstoß eine
Vertragsstrafe
in
Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes vereinbart. In diesem Zusammenhang ist das
beauftragte Unternehmen zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall
verpflichtet,
dass
der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte
Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Des Weiteren wird
vereinbart, dass
die
mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung
nach
§§ 3 bis
6 durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen
Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Bei Fehlen der
Mindestentgelterklärung bei
Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den
Auftraggeber ordnet § 3
Abs. 1 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bei Fehlen der
Tariftreueerklärung

bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage
derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 4 Abs. 6 LTTG an,
das Angebot
von der Wertung auszuschließen. Bieter/Bewerber mit Sitz im Inland, sowie deren
Nachunternehmer mit Sitz im Inland, Verleiher von Arbeitskräften mit Sitz im
Inland
haben gemäß
den Vorgaben des LTTG Rheinland-Pfalz eine Verpflichtungserklärung
abzugeben.
ies gilt auch, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag
ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz im Inland
beschäftigt
sind.

[2].Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu
Russland
hat. Dafür ist die “Erklärung BMWK“ auszufüllen und als Teil der
Angebotsunterlagen
abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder
Eignungsverleihern gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der
Angebotsunterlagen
sind
auf der Vergabeplattform (www.subreport.de bzw. iTWO tender) eingestellt.

[3.] Die Angebotsunterlagen und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren
Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen
und zu
speichern. Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die
Vergabeplattform (www.subreport.de) in Textform eingereicht werden. Die
ausgefüllten und lokal
gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Angebot auf die Plattform
hochzuladen.
Bei
elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung
abgibt, zu
benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über
die Vergabeplattform.

[4]. Unteraufträge: Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Dritten
ausführen zu lassen, hat er diese Leistungen in seinem Angebot zu benennen,
sowie die
vorgeschlagenen Unterauftragnehmer mit Namen, gesetzlichen Vertretern und
Kontaktdaten,
anzugeben. Hierzu ist der Vordruck „235 Verzeichnis der Leistungen Kapazitäten
anderer
Unternehmen“ zu verwenden. Die Auftraggeberin behält sich vor, von den
Bietern, deren

Angebote in die engere Wahl kommen, zu verlangen, nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Sofern erst nach Zuschlagserteilung eine Unterauftragsvergabe in Betracht gezogen wird, bedarf diese der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin. Jeder Unterauftragnehmer hat den Vordruck „236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ auszufüllen. Dieser ist mit dem Angebot einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen zu verlangen nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel der benannten Unterauftragnehmer tatsächlich zur Verfügung stehen (§ 36 Abs. 1 S. 2 VgV).

[5]. Eignungsleihe: Ein Bieter kann in Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er mit der Einreichung der Eignungsnachweise nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine vorbehaltlose und unterschriebene Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Zusätzlich ist im Fall der Eignungsleihe eine Erklärung auszufüllen und die gesamtschuldnerische Haftung im Umfang der Eignungsleihe zu erklären. Das in Anspruch genommene Unternehmen hat seine Eignung im Umfang der Eignungsleihe und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen auf die gleiche Weise nachzuweisen wie der Bieter. Das zur Eignungsleihe in Anspruch genommene Unternehmen hat dazu eine Erklärung im Umfang der Eignungsleihe einzureichen.

[6]. Keine Kostenerstattung: Die Kosten für die Erstellung seines Angebots trägt der Bieter.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: CrossBorderLaw

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Rein nationale Ausschlussgründe: Der Auftraggeber wird einen Bewerber von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein zwingender Ausschlussgrund i. S. d. § 123 GWB vorliegt. Ferner kann der Auftraggeber unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einen Bewerber auch dann ausschließen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund i.S.d. § 124 GWB gegeben ist. Daneben wird auf die Ausschlussgründe nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 Abs. 1 A-EntG, § 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG hingewiesen. Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen haben Bewerber und bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft eine Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Die Erklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe ist in die Anlagen der Vergabeunterlagen integriert. Hinweis: Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen. Sonstige (nicht bevollmächtigte) Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und eignungsverleihende Unternehmen haben ebenfalls eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dafür hat jedes nicht bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft und jedes eignungsverleihende Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich zum Nachweis seiner Eignung beruft (vgl. § 47 VgV) eine Erklärung ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag beizufügen. Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen.

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Hausmeisterdienste

Beschreibung: Die Stadt Neuwied beabsichtigt, die Hausmeisterdienstleistungen für die für die kommunalen Flüchtlingsunterkunft der Stadt Neuwied an einen externen Dienstleister zu vergeben. Die Flüchtlingsunterkunft verteilt sich auf sechs Wohnanlagen mit bis zu vierundzwanzig einzeln abschließbaren Wohn-Containern sowie einem Außengelände und ist auf einen Betrieb mit bis zu 272 Personen ausgelegt. Es handelt sich um eine zweigeschossige Containerbauweise mit Dusch- und Toilettencontainer, Gemeinschaftsräumen, Küchen, Waschmaschinen- und Trocknercontainern. Ein Übersichtsplan der Flüchtlingsunterkunft ist den Vergabeunterlagen beigelegt. Das Vertragsverhältnis hat zunächst eine feste Laufzeit. Dem Auftraggeber steht das

Recht zu, die Laufzeit dieses Vertrages dreimal um je ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoptionsrecht). Die maximale Laufzeit ist auf den 01.04.2030 beschränkt. Einzelheiten sind in § 3 des Vertrags geregelt. Der Bedarf wird auf ca. 6.212 Arbeitsstunden pro Jahr (24/7) geschätzt, bei max. 2 Mitarbeiter.

Interne Kennung: LOT-0001 2026-45

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 98341140 *Hausmeisterdienste*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Dem AG steht das Recht zu, die Laufzeit dieses Vertrages dreimal um je ein weiteres Jahr zu verlängern (Verlängerungsoptionsrecht). Der Vertrag inklusiver der Verlängerungen endet spätestens am 01.04.2030 ohne dass es einer Kündigung bedarf.

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: *Neuwied (DEB18)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort: Adresse: Krasnaer Straße, 56566 Neuwied - Block

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 01/04/2027

5.1.4 Verlängerung

Verlängerung - Maximale Anzahl: 3

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#
#Besonders auch geeignet für:selbst# #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

1) Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt:

a) Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

b) Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation: Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren

oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet

wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen

nicht in Liquidation befindet oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde

(auf Verlangen der Vergabestelle ist der Insolvenzplan vorzulegen).

c) Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung:

Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge

zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß

erfüllt wurden. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter

zur Bestätigung dieser Angaben eine Unbedenklichkeitsbescheinigung

des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) vorlegen.

Die Eignung ist durch die Eigenerklärungen gem. Formblatt

„Eigenerklärungen zur Eignung“

nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung

des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen

gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen

auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise

innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt

"Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt

und vollständig zur Verfügung.

2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die gesamte Laufzeit des Vertrages auf

seine Kosten eine Betriebshaftpflichtversicherung bei einem deutschen Versicherer

zu den nachfolgenden Bedingungen abzuschließen, wobei die Haftpflichtversicherungen

sich auch auf Umweltschäden beziehen müssen. Die

Betriebshaftpflichtversicherung ist mit den folgenden Mindestdeckungssummen vorzuhalten: für Umweltschäden in Höhe von 5.000.000,00 €, Personenschäden in Höhe von 5.000.000,00 €, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von 5.000.000,00 €, Tätigkeitsschäden in Höhe von 550.000,00 €, Schlüsselverlustschäden in Höhe von 1.000.000,00 €, die je Versicherungsfall 2-fach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen müssen, nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Die Versicherung muss eine Nachhaftungsfrist von mindestens 5 Jahren für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation des Unternehmens beinhalten. Gleiches gilt auch für den Fall der Insolvenz. Zum Nachweis des Versicherungsschutzes ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich nach dem Zuschlag eine entsprechende aktuelle Bestätigung seines Haftpflichtversicherers mit der Versicherungsnummer und den mit dem Auftraggeber vereinbarten Deckungssummen zu überreichen. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich eine Versicherungsbestätigung vorzulegen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber spätestens 2 Wochen nach Vertragsunterzeichnung die Zahlung der fälligen Versicherungsprämien nachzuweisen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über einen Wechsel seines Versicherers unverzüglich schriftlich informieren und eine Versicherungsbestätigung vorlegen.

Kriterium: *Eintragung in ein relevantes Berufsregister*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt: a) Registereintragungen:
Erklärung zur Registereintragung im im Berufsregister. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung Ihrer Erklärung folgende Nachweise vorlegen: Handelsregistrauszug und/oder Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer.
b) Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt.
c) Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft. Falls das

Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung dieser Angabe eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für Ihr Unternehmen zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen. Die Eignung ist durch Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Referenzen: Der Bieter muss mit seinem Angebot drei vergleichbare Referenzen nachweisen, die die erfolgreiche Durchführung in Bezug auf die ausgeschriebenen Anforderungen dokumentieren. Vergleichbare Referenzen müssen sich auf Leistungen beziehen, die in Art, Umfang und Komplexität den Anforderungen der Ausschreibung entsprechen. Die Referenzen sind durch geeignete Nachweise wie z. B. Abschlussbestätigungen, Auftragsbestätigungen zu belegen.

2) Falls das Angebot in die engere Wahl kommt:

a) Angaben zu Arbeitskräften: Erklärung des Bieters/Bewerbers, dass Ihm für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. b) Angabe/Erklärung die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben. Die Eignung ist durch die Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen

und Nachweise

innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt

"Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt

und vollständig zur Verfügung.

3) Eigenerklärung zur Einhaltung der tariflichen Vorgaben im Gebäudereiniger-Handwerk.

4) Allgemeine Hinweise:

Bei der Durchführung der vertraglich zu erbringenden Leistungen hat der Auftragnehmer

sämtliche einschlägigen Normen, Bestimmungen, Gesetze etc. in der jeweils gültigen

Fassung zu beachten. Die Tätigkeiten sind z. T. schwere körperliche Arbeiten (u. a.

Tragen von Lasten > 15 kg) und beinhalten Arbeiten in verschiedenen Körperhaltungen

(u. a. Gehen, Stehen, Sitzen, Hocken, Strecken, Über-Kopf-Arbeiten, Arbeiten auf Leitern)

im Innen- und Außenbereich. Da auch gelegentlich Kleinmöbel oder mehrere Kartons Papier

transportiert werden müssen, ist ein Kleintransporter Voraussetzung für die Arbeitserledigung.

5) Allgemeine Leistungen: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Hausmeisterdienstleistungen

durchzuführen. Die einzelnen auszuführenden Tätigkeiten inkl. der Häufigkeit der Durchführung

sind in dem Pflichtenheft beschrieben. Das Pflichtenheft ist Anlage zu der Leistungsbeschreibung.

Zum Leistungsumfang gehören auch Bedarfspositionen. Dabei handelt es sich um folgende

Leistungen: Sämtliche Transportarbeiten, die für die Flüchtlingsunterkunft nötig sind

(Bsp. Beschaffung und Transport von Spülmaschinen, Kühlschränken, Herd, Kochfelder,

kleinere Möbelgegenstände etc.). In dem Preisblatt sind diese unter Pos.-Nr. 2 einzupreisen.

Die Fahrtkosten sind vom Bieter als monatliche Pauschale anzubieten und werden auch

so vergütet. Für Kalkulationszwecke ist zu unterstellen, dass eine jährliche Kilometerzahl

von 12.000 Kilometern nicht überschritten wird. Davon geht auch die Auftraggeberin

aus.

6) Sachmittel: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle zur Erbringung der Leistung

benötigten Hilfsmittel (Werkzeuge, Schubkarre, Leitern, Kärcher, Freischneider u.

a.) zu stellen. Ein Kleintransporter ist zu stellen.

7) Personal: Das vom Auftragnehmer bei Auftragsdurchführung eingesetzte Personal muss

insbesondere folgende Voraussetzungen erfüllen: zuverlässig und flexibel arbeiten,
ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild und gute Umgangsformen besitzen, die selbständige
Abwicklung einschlägiger Vorgänge übernehmen, über eine mindestens
zweijährige Berufserfahrung
in vergleichbarer Tätigkeit verfügen, älter als 18 Jahre sein. Die Mitarbeiter
müssen,
sofern nichts anderes verlangt wird, Sprachkenntnis in Deutsch mindestens
B2 der EU-Referenz
oder gleichwertig aufweisen. Alle hauptamtlichen Mitarbeitenden besitzen
einen gültigen Führerschein Klasse B.
8) besondere Voraussetzungen: Der eingesetzte Hausmeister muss beruflich
qualifiziert
sein. Er muss eine abgeschlossene Ausbildung oder
Weiterbildung/Qualifikation in einem
einschlägig anerkannten Beruf (Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs-
und Klimatechniker,
Elektrofacharbeiter, Instandhaltungsmechaniker oder vergleichbare
Ausbildung/ Weiterbildung)
haben. Der Nachweis über die berufliche Qualifizierung der Hausmeister
kann durch
Vorlage über den erlangten Berufsabschluss (z.B. Gesellenbrief,
Prüfungszeugnis etc.)
oder den Nachweis der erfolgreich bestanden Qualifikation erbracht
werden. Soweit
die vorgesehene Objektleitung die Sprache „Deutsch“ nicht als
Muttersprache spricht,
ist es erforderlich, die geforderten Sprachkenntnisse nachzuweisen. Der
Nachweis kann
durch Vorlage eines Bildungsnachweises oder eines Sprachtestes erbracht
werden. Die
Nachweise sind vor Leistungsbeginn vorzulegen.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Alleiniges Zuschlagskriterium ist der Preis (100%).

In die Wertung geht die Gesamtauftragssumme gemäß Preisblatt ein unter Berücksichtigung

der maximalen Laufzeit. Die Gesamtauftragssumme wird anhand der Eintragungen des Bieters

im Preisblatt anhand der dort vorgegebenen Jahresarbeitsstunden automatisch errechnet.

In die Gesamtauftragssumme und damit in die Wertung gehen auch etwaige Bedarfspositionen

gemäß Preisblatt ein. Der Bieter mit der niedrigsten Gesamtauftragssumme wird für den Zuschlag ausgewählt.

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/09/2026 10:00 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E57811919>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E57811919>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 29/09/2026 10:00 +02:00

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 49 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden gem. § 56 VgV nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 29/09/2026 10:00 +02:00

Eröffnungstermin - Beschreibung: Die Öffnung der Angebote wird gem. § 55 VgV an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Zulässig*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die Teilnahme von Bietergemeinschaften ist zulässig. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaften sind mit vollständigen Adressangaben auf dem Vordruck "234 Erklärung Bieter- Arbeitsgemeinschaft" zu nennen. Ferner ist auf diesem verbindlich von allen Mitgliedern jeweils zu erklären, dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaften (und später der Arbeitsgemeinschaft) als Gesamtschuldner haften (sog. Gesamtschuldnererklärung). Wenn in den Vergabeunterlagen von „Bietern“ gesprochen wird, gelten die Ausführungen entsprechend auch für Bietergemeinschaften. Der Vordruck "236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen" ist für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: Die Rechnungen des Auftragnehmers sind bis zum 10. Werktag des Folgemonats zentral an folgende Adresse zu richten:

Rechnungen-FUBlock@stadt-neuwied.de

Die anzugebende Rechnungsadresse lautet: Stadtverwaltung Neuwied Amt 50 - Amt für Soziales, Senioren u. Integration Heddesdorfer Str. 33-35, 56564 Neuwied.

Mit der Rechnung sind die Originalbelege und der Nachweis der tatsächlichen Einsatzzeiten des Personals einzureichen. Der Auftragnehmer bewahrt die Belege für die Dauer der Vertragslaufzeit auf, mindestens jedoch 3 Jahre. Dem Auftraggeber ist innerhalb dieses Zeitraumes ein Prüfrecht einzuräumen.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
-Vergabekammer-

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des

Nachprüfungsantrags
erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn
Kalendertagen
gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der
Bekanntmachung erkennbar
sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten
Frist zur
Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt
werden, Verstöße
gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind,
spätestens
bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der
Nachprüfungsantrag
ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der
Mitteilung
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren
bereitstellt:** Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung
Neuwied

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Neuwied

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Identifikationsnummer: Berichtseinheit-ID 00000628

Postanschrift: Engerser Landstr. 17

Ort: Neuwied

Postleitzahl: 56564

NUTS-3-Code: *Neuwied* (DEB18)

Land: *Deutschland*

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Telefon: 026318020

Internet-Adresse: <https://www.neuwied.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren
bereitstellt**

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
-Vergabekammer-

Identifikationsnummer: USt-ID: DE355604198

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

NUTS-3-Code: Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: 06131162234

Fax: 0613116162113

Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: da98f593-233c-451d-94c5-7f19f167b72c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/08/2026 10:55 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

I.V. 

(Ralf Seemann)
Beigeordneter